



Ausgabe 44 | November 2019

LEXinform-Newsletter

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Beginn der Herstellung nach § 6b Abs. 3 EStG; Verfassungsmäßigkeit der Höhe des Gewinnzuschlags bis 2009
- > Unionsrechtmäßigkeit der Hinzurechnungsbesteuerung im Drittstaatenfall
- > Anfechtbarkeit von Verwaltungsakten
- > EuGH-Vorlage zum Apothekenrabatt im Umsatzsteuerrecht
- > Margenbesteuerung bei Überlassung von Ferienwohnungen

Finanzgerichte

- > Kindergeldanspruch: Inländischer Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalt einer polnischen Pflegekraft

Finanzverwaltung

- > DBA Schweiz: Ergänzung der Konsultationsvereinbarung über die Durchführung von Schiedsverfahren

Weitere Meldungen

- > Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer bei Erwerb von Teileigentum

> Recht

Arbeit und Soziales

- Die Bezugnahme im Arbeitsvertrag auf kirchliche Arbeitsrechtsregelungen genügt nicht zum Nachweis einer Ausschlussfrist
- Merkzeichen BI (für Blindheit) bei Stoffwechselstörung

Zivilrecht

- Kündigung ohne Bestätigung wirksam
- Dieselskandal: "Auslaufmodell" gewählt - Bei Nachlieferung kein Anspruch auf Ersatzlieferung aus aktueller Modellreihe

➤ Wirtschaft

Branchen

- Personal- und Stellenvermittlung - starke öffentliche Präsenz, geringer Beitrag zum BIP
- Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

Steuern

Bundesfinanzhof

Beginn der Herstellung nach § 6b Abs. 3 EStG; Verfassungsmäßigkeit der Höhe des Gewinnzuschlags bis 2009

Bundesfinanzhof, X-R-7/17, Urteil vom 09.07.2019

1. Der Herstellungsbeginn i.S. des § 6b Abs. 3 Satz 3 EStG ist anzunehmen, wenn das Investitionsvorhaben "ins Werk gesetzt" wird. Dies kann vor den eigentlichen Bauarbeiten liegen.
2. Reine Vorbereitungsarbeiten in der Entwurfsphase reichen nicht aus, um von dem Beginn der Herstellung nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EStG ausgehen zu können.
3. Die Höhe des Gewinnzuschlags nach § 6b Abs. 7 EStG ist jedenfalls bis zum Jahr 2009 nicht verfassungswidrig.

➤ **mehr in LEXinform 0951425 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Unionsrechtmäßigkeit der Hinzurechnungsbesteuerung im Drittstaatenfall

Bundesfinanzhof, I-R-11/19, Urteil vom 22.05.2019

1. Die aufgrund des Steuersenkungsgesetzes vom 23.10.2000 am 01.01.2001 in Kraft getretenen Änderungen des Systems der Hinzurechnungsbesteuerung haben dazu geführt, dass die sog. Standstill-Klausel des Art. 57 Abs. 1 EG (jetzt: Art. 64 Abs. 1 AEUV) keine Anwendung mehr findet und die Hinzurechnungsbesteuerung im Zusammenhang mit Direktinvestitionen hinsichtlich einer in einem Drittstaat (hier: Schweiz) ansässigen Zwischengesellschaft sich fortan an der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 Abs. 1 EG, jetzt: Art. 63 Abs. 1 AEUV) messen lassen muss.

2. Die Hinzurechnung von im Wirtschaftsjahr 2006 erzielten Zwischeneinkünften mit Kapitalanlagecharakter einer in der Schweiz ansässigen Zwischengesellschaft beschränkt zwar die Kapitalverkehrsfreiheit, ist aber gerechtfertigt und verstößt daher nicht gegen Unionsrecht (Fortführung des EuGH-Urteils X vom 26.02.2019 - C-135/17, EU:C:2019:136, DStR 2019, 489).

➤ [mehr in LEXinform 0952186](#) | Internationales Steuerrecht



Anfechtbarkeit von Verwaltungsakten

Bundesfinanzhof, V-R-21/18, Urteil vom 22.08.2019

1. Teilt das FA dem Drittschuldner (Bauträger) mit, dass es im Wege der zivilrechtlichen Abtretung eine Forderung gegen ihn erworben hat, liegt kein vom Bauträger anfechtbarer Verwaltungsakt i.S. von § 118 AO vor.
2. Die Zulassung der Abtretung nach § 27 Abs. 19 Satz 3 UStG ist mangels eigener Beschwer (§ 40 Abs. 2 FGO) kein vom Drittschuldner (hier: Bauträger) anfechtbarer Verwaltungsakt.

➤ [mehr in LEXinform 0952037](#) | Steuerliches Verfahrensrecht



EuGH-Vorlage zum Apothekenrabatt im Umsatzsteuerrecht

Bundesfinanzhof, V-R-41/17, Pressemitteilung vom 31.10.2019

Der BFH hat dem EuGH die Frage vorgelegt, ob eine Apotheke, die verschreibungspflichtige Arzneimittel an gesetzliche Krankenkassen liefert, aufgrund einer Rabattgewährung an die gesetzlich krankenversicherte Person umsatzsteuerrechtlich zu einer Steuervergütung für die an die Krankenkasse ausgeführte Lieferung berechtigt ist.

➤ [mehr in LEXinform 0450529](#) | Umsatzsteuer



Margenbesteuerung bei Überlassung von Ferienwohnungen

Bundesfinanzhof, V-R-12/19, Urteil vom 22.08.2019

1. Die Überlassung der von anderen Unternehmen angemieteten Ferienwohnungen unterliegt auch dann der Margenbesteuerung nach § 25 UStG, wenn darüber hinaus lediglich als Nebenleistung einzustufende Leistungselemente erbracht werden (Anschluss an EuGH-Urteil Alpenchalets Resorts vom 19.12.2018 - C 552/17, EU:C:2018:1032).
2. Ob der Unternehmer eine Leistung in eigener Verantwortung übernimmt (Reiseveranstalter) oder eine fremde Leistung lediglich vermittelt (Reisevermittler), richtet sich im Rahmen des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses nach dem Gesamtbild des Einzelfalls.

➤ [mehr in LEXinform 0952249](#) | Umsatzsteuer



Finanzgerichte

Kindergeldanspruch: Inländischer Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalt einer polnischen Pflegekraft

Finanzgericht Münster, 5-K-3345/17-Kg, Urteil vom 19.09.2019

Eine polnische Pflegekraft, die jeweils für nicht mehr als drei Monate im Inland tätig ist und während dieser Zeit im Haushalt der zu pflegenden Person gelebt hat, unterhält im Inland weder einen Wohnsitz noch hat sie im Inland einen gewöhnlichen Aufenthalt.



Finanzverwaltung

DBA Schweiz: Ergänzung der Konsultationsvereinbarung über die Durchführung von Schiedsverfahren

Bundesministerium der Finanzen, IV B 2 - S-1301 - CHE / 07 / 10026-11, Schreiben vom 30.10.2019

Zur einheitlichen Anwendung und Auslegung des Artikels 26 Absatz 5 bis 7 des deutschschweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens haben die zuständigen Behörden am 25. Oktober 2019 eine Konsultationsvereinbarung abgeschlossen.

› mehr in LEXinform 5236964 | Internationales Steuerrecht



Weitere Meldungen

Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer bei Erwerb von Teileigentum

Deubner Verlag, Anmerkung vom 29.10.2019

Die Grunderwerbsteuer bemisst sich nach dem Wert der Gegenleistung für den Erwerb der Anteile bei erworbenem Wohnungs- oder Teileigentum.

› mehr in LEXinform 0653681 | Sonstiges Steuerrecht



Recht

Arbeit und Soziales

Die Bezugnahme im Arbeitsvertrag auf kirchliche Arbeitsrechtsregelungen genügt nicht zum Nachweis einer Ausschlussfrist

Bundesarbeitsgericht, 6-AZR-465/18, Pressemitteilung vom 30.10.2019

Die kirchenrechtlich vorgeschriebene arbeitsvertragliche Inbezugnahme einer kirchlichen Arbeitsrechtsregelung erfasst zwar inhaltlich auch eine darin enthaltene Ausschlussfrist, die damit zum Bestandteil des Arbeitsverhältnisses wird. Die Ausschlussfrist ist jedoch eine wesentliche Arbeitsbedingung. Die bloße Inbezugnahme der Arbeitsrechtsregelung als solche genügt für den danach erforderlichen Nachweis nicht. Das hat das BAG entschieden.

› mehr in LEXinform 0450528 | Arbeitsrecht



Merkzeichen BI (für Blindheit) bei Stoffwechselstörung

Bundessozialgericht, B-9-SB-1/18-R, Pressemitteilung vom 24.10.2019

Das BSG hat entschieden, dass schwerst Hirngeschädigte, die zu keiner

differenzierten Sinneswahrnehmung im Stande sind, die gesundheitlichen Voraussetzungen für Merkzeichen BI (Blindheit) nicht erfüllen.

> mehr in LEXinform 0450509 | Sozialrecht



Zivilrecht

Kündigung ohne Bestätigung wirksam

Oberlandesgericht Braunschweig, 11-U-103/18, Pressemitteilung vom 24.10.2019

Das OLG Braunschweig hat in einem Hinweisbeschluss deutlich gemacht, dass ein Versicherungsvertrag beendet ist, auch wenn die Versicherungsgesellschaft die Kündigung des Versicherungsnehmers nicht bestätigt.

> mehr in LEXinform 0450506 | Versicherungsrecht



Dieselskandal: "Auslaufmodell" gewählt - Bei Nachlieferung kein Anspruch auf Ersatzlieferung aus aktueller Modellreihe

Oberlandesgericht Koblenz, 12-U-773/18, Pressemitteilung vom 28.10.2019

Ob der Gewährleistungsanspruch des Käufers die Beschaffung eines Fahrzeugs aus der aktuellen Produktionsserie umfasst, bestimmt sich nach Inhalt und Reichweite der vertraglich vereinbarten Beschaffungspflicht des Verkäufers. Hat sich der Käufer in Kenntnis eines bevorstehenden Modellwechsels bewusst für das "Auslaufmodell" entschieden, begrenzt dies die Beschaffungspflicht des Verkäufers auf diese Modellversion. Der Käufer kann daher im Rahmen der Gewährleistung keine Ersatzlieferung aus der aktuellen Produktionsserie beanspruchen. Das hat das OLG Koblenz entschieden.

> mehr in LEXinform 0450520 | Vertragsrecht



Wirtschaft

Branchen

Personal- und Stellenvermittlung - starke öffentliche Präsenz, geringer Beitrag zum BIP

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Analyse vom 27.09.2019

Die Arbeitnehmerüberlassung oder Zeitarbeit ist und bleibt in der politischen Diskussion stets präsent. Obwohl sie nur einen geringen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistet, sorgt sie für ständige Aufmerksamkeit in den Medien und in der Politik. Die prominent geführte öffentliche Diskussion erweckt den Anschein, dass die Branche wirtschaftlich große Bedeutung hat. Aber tatsächlich liegt der Anteil der Beschäftigten in Zeitarbeit an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hierzulande immer noch im einstelligen Prozentbereich.

> mehr in LEXinform 2201054



Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 29.10.2019

In LEXinform Wirtschaft stehen für 32 Branchen des Einzelhandels die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests für den Monat Oktober 2019 zur Verfügung.

➤ [mehr in LEXinform 0179700](#)



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter für den Public Sector weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Tina Schulz

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG
90329 Nürnberg
Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann